



Zeitungsansicht Drucken Schliessen



Lokales

Linke: Soziale Leistungen absichern

Fraktion will mittelfristig eine „Salze-Card“ für die Schwächeren der Gesellschaft

Von Martin Hostert

Die Fraktion „Die Linke“ propagiert die „soziale Stadt Bad Salzuflen“. Sie befürchtet angesichts des 20-Millionen-Defizits im Haushalt einen „sozialen Kahlschlag“.

Bad Salzuflen. Allein dieses Jahr will der Kämmerer 3,4 Millionen Euro einsparen – die LZ berichtete. „Das sind massive Einsparungen, die von der Stadtverwaltung und den Bürgern verlangt werden“, sagten die beiden Ratsherren Matthias Obenhaus und Günter Kleinpenning. In den nächsten fünf Jahren werde es angesichts eines Minus von mehr als 20 Millionen Euro ohnehin Einschränkungen geben, „die sich noch niemand vorstellen kann.“

Obenhaus' Informationen zufolge betragen die freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt „50â€...000 bis 70â€...000 Euro“. Die Linken haben nun für den Hauptausschuss am 1. März beantragt, diese Leistungen – dazu gehören etwa Zuschüsse an Vereine, der soziale Mittagstisch und Zuschüsse fürs Schulessen – aufzulisten, um eine Übersicht zu bekommen. Kleinpenning: „Dieser Ist-Zustand ist festzuschreiben und gegebenenfalls anzupassen.“ So würden die Maßnahmen gegenüber dem Haushaltssicherungskonzept gesichert. Außerdem schlagen die Linken eine „Perspektiv-Liste“ vor. Sollte es der Stadt finanziell einmal wieder besser gehen, lägen dann Maßnahmen wie ein Sozialticket oder ein Sozialtarif der Stadtwerke bereits umsetzbar auf dem Tisch. Kleinpenning sagte, soziale Leistungen zu erbringen sei ohnehin originäre Aufgabe einer Stadt und keine „freiwillige Leistung“.

Schließlich setzt sich die Fraktion für eine vorläufig so bezeichnete „Salze-Card“ ein. Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung sowie andere sollten diese Karte bekommen, um sich dort ausweisen zu können, wo Vergünstigungen angeboten werden. Diesem Projekt könnten sich langfristig möglichst viele Einrichtungen und Geschäftsleute anschließen, es würde die „soziale Stadt“ nach außen demonstrieren. Matthias Obenhaus: „Die Leute sollen sich in der Stadt wohl und von ihr betreut fühlen. Diese weichen Standortfaktoren sind nicht zu vernachlässigen.“

© 2010 Lippische Landes-Zeitung, Mittwoch 17. Februar 2010